



**GRÜNE
FRAKTION**
IM RAT DER STADT HERNE

GRÜNE FRAKTION HERNE ✉ BAHNHOFSTR. 15A ✉ 44623 HERNE

An den Vorsitzenden
des Sozialausschusses
Herrn Patrick Steinbach
über Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Dudda
Rathaus Herne

Fraktionsgeschäftsstelle
Bahnhofstr. 15a
44623 Herne
Tel: +49 (2323) 951 000 3
fraktion@gruene-herne.de
www.gruene-herne.de

Herne, den 22.11.22

Vorsorge Black-Out

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Grüne Fraktion bittet Sie, in diese Anfrage in die Tagesordnung des kommenden Sozialausschusses aufzunehmen.

Sachverhalt:

Aufgrund der angespannten Versorgungslage mit Energie sind die Länder und Gemeinden seitens der Bundesregierung aufgefordert worden, sich auf einen dreitägigen Black-Out vorzubereiten.

Unter einem Black-Out wird der Ausfall der Stromversorgung verstanden. Angesichts der Qualität der Netzsteuerung in Deutschland und im europäischen Verbundnetz wird nicht mit einem längeren und flächendeckenden Ausfall gerechnet. Eher könnte es zu mehrstündigen Ausfällen, die auch örtlich begrenzt sind, kommen. Insofern handelt es sich um eine Vorsorgemaßnahme.

Allerdings muss auch festgestellt werden, dass der Katastrophenschutz in Deutschland in den letzten Jahren vernachlässigt worden ist und sicher hinsichtlich der materiellen wie auch der rein organisatorischen Aspekte erheblich ausgebaut werden muss.

Neben einer staatlichen Vorsorge muss auch eine private Vorsorge angeregt werden, die z.B. eine mehrtägige Bevorratung mit Lebensmitteln und anderen Produkten des täglichen Bedarfs abdecken sollte. Hier sind Kommunen gefordert, die Ansprache der Bevölkerung vorzunehmen.

Zur kommunalen Vorsorgeplanung gehören u.a. Einsatzpläne für kommunale Bedienstete, Einrichtung von dezentralen Hilfsstellen – im Fachjargon auch „Leuchttürme“ genannt -, die Gewährleistung einer Notfallkommunikation mit Feuerwehr und Polizei, der Zugriff auf und die Verteilung von Lebensmittel und anderen Produkten des täglichen Bedarfs.

Ergänzend könnten auch andere Organisationen eigene Hilfsangebote einrichten.

Hierzu stellen wir folgende Fragen:

1. Wie viele dezentrale Hilfsstellen (Leuchttürme) sollen im Bedarfsfall eingerichtet werden?
2. In welchem Zeitraum sind diese eingerichtet?
3. Wer richtet sie ein und mit welchem Personal sind sie ausgestattet?
4. Welche Hilfeleistungen werden dort angeboten?
5. Wie wird die Bevölkerung über die Standorte und die angebotenen Hilfeleistungen informiert?
6. Gibt es Absprachen mit anderen Organisationen über die Einrichtung ergänzender Hilfsangebote?
7. Wie unterstützt die Stadt die Durchführung dieser Angebote und wie ist im Notfall die Kommunikation mit diesen Organisationen gewährleistet?
8. Wie werden Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen mit Energie notversorgt und wie lange reichen die Energievorräte?

Mit freundlichen Grüßen



Für die Grüne Fraktion

Dorothea Schulte